



Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Bezirksvertretung 8 (Kalk)	02.09.2010	
Jugendhilfeausschuss	07.09.2010	

Anlass:

Mitteilung der Verwaltung

Beantwortung von Anfragen
aus früheren Sitzungen

Beantwortung einer Anfrage
nach § 4 der Geschäftsordnung

Stellungnahme zu einem
Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Anfrage zur Nutzung der Wiersbergstraße 44 als selbst verwaltetes Zentrum

Frau Wolf vom Kölner Jugendring e.V. stellt folgende Anfrage zum „selbst verwalteten Zentrum Wiersbergstraße“:

„Der Kölner Jugendring bittet Verwaltung und Politik um Auskunft darüber, welche Rahmenbedingungen und Möglichkeiten sie für eine legale Nutzung der Gebäude in der Wiersbergstraße 44 als selbst verwaltetes Zentrum sehen. Der Kölner Jugendring begrüßt ausdrücklich die Selbstorganisation und Partizipation Jugendlicher wie sie dort stattfindet und spricht sich gegen eine ordnungspolitische Antwort, also eine gewaltsame Räumung, aus.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Rahmenbedingungen und Möglichkeiten für eine legale Nutzung können von Seiten des Amtes für Kinder, Jugend und Familie bzw. der Stadt Köln nicht beeinflusst werden, da es sich nicht um eine kommunale Liegenschaft handelt.

Im Rahmen der ordnungsbehördlichen Begehung der Stadt Köln am 22.07.2010 konnten von Seiten der Bauaufsicht für den Bereich der in Augenschein genommenen Gebäudeteile keine akuten Gefahren für Leib und Leben erkannt werden. Es sind jedoch einige mit grundsätzlichem Gefahrenpotential versehene Aspekte festgestellt worden. Derzeit wird geprüft, ob und welche ordnungsrechtlichen Konsequenzen hieraus erfolgen müssen.

Das „Autonome Zentrum“ wurde von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Streetwork in der Anfangsphase der Besetzung mehrmals aufgesucht. Die Einsätze wurden im Vorfeld mit dem Ordnungsamt und der Polizei abgestimmt.

Ziel der Einsätze war, die Belange und Interessen der Besetzerinnen und Besetzer kennenzulernen, ihre Alterstruktur in Bezug auf den Jugendschutz herauszufinden und sich als Ansprechpartnerin bzw. Ansprechpartner der Stadt Köln vorzustellen.

Bei den Besuchen wurden überwiegend junge Erwachsene (Studenten) angetroffen, Jugendliche wurden nur vereinzelt tagsüber gesehen. Maßnahmen des Jugendschutzes mussten nicht veranlasst werden.

Den vermeintlichen Organisatorinnen und Organisatoren wurde angeboten, sich bei Bedarf an die Koordinationsstelle Streetwork zu wenden.

In diesem Zusammenhang wurde seitens der Besetzer mitgeteilt, dass das „Autonome Zentrum“ an einer Vernetzung im Stadtteil und darüber hinaus interessiert sei. Aktuell liege der Fokus aber vorrangig auf der Anerkennung bzw. "Legalisierung" des Hauses. Hierzu fänden Verhandlungen mit den Besitzern statt.

Eine Kontaktaufnahme von Seiten der Besetzer zur Abteilung Jugendförderung/ Streetwork fand bisher nicht statt.

Eine Möglichkeit, die Nutzung von Seiten der Stadt Köln zu legalisieren, wird nicht gesehen.

gez. Dr. Klein